

ANTRAG

der Fraktion der NPD

Landesinnenminister als Landesvorsitzender des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag fordert den Landesinnenminister auf, als Landesvorsitzender des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge e. V. zurückzutreten. Mitglieder der Landesregierung sollten in Zukunft diese Position nicht bekleiden.

Udo Pastörs und Fraktion

Begründung:

Da der Landesverband des Volksbundes vom Land Leistungen erhält, die im Haushaltsplan des Innenministeriums aufgeführt sind, kann ein Mitglied der Landesregierung - und das gilt erst recht für den Landesinnenminister - nicht Landesvorsitzender sein, wenn Interessenkollisionen vermieden werden sollen.

Zudem sollte der Verantwortliche für das Kriegstotengedenken unparteiisch sein, da es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die das gesamte Volk angeht und bei der parteipolitische Gesichtspunkte keine Rolle spielen dürfen.

Auch nur der Anschein parteipolitischen Missbrauchs muss vermieden werden. Dies ist nicht gewährleistet, wenn Mitglieder der Landesregierung beziehungsweise der sie tragenden Parteien dieses Amt ausüben.